K-5-3376 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Digitales und Netzpolitik
Beschlussdatum: 23.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 653 bis 658:
Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. ~~Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen, Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte, Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.~~
Wir wollen die Infrastruktur digitaler Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit meinBerlin besteht, ausweiten und damit das Prinzip offener Daten flankieren. Sie soll die Möglichkeiten voranbringen, unter datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-, Diskussions- und Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen. So soll auf verschiedenen Ebenen, sei es der Kiez oder der Bezirk, die Bereitstellung offener Daten gezielt mit einer möglichst inklusiven Gestaltung durch die Bürger*innen verbunden werden. Für uns Grüne ist es dabei zentral, diese Infrastrukturen nicht als externe Konsultationsmechanismen zu verstehen, sondern sie aktiv in demokratische Verfahren und Praktiken zu integrieren und auch eine Schnittstelle zu bestehenden, zivilgesellschaftlichen Projekten zu ermöglichen.

Begründung

Es ist sinnvoll, die Open Data Strategie mit einer Beteiligungsplatform zu flankieren (man denke an DECICIM/DECODE in Barcelona), um nicht nur eine liberale öffnende Komponente drin zu haben, sondern diese auch möglichst weitgehend und niedrigschwellig für Gestaltungsprozesse zugänglich zu machen. Zugleich sollten bestehende zivilgesellschaftliche Infrastrukturen integrierbar sein (in Richtung fixmyberlin o.ä.